



Energie für Baden-Württemberg

Liberaler Strategiebaustein für die kommende Landesregierung

Die mit Abstand wichtigste Aufgabe der nächsten Landesregierung wird sein, günstige Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu schaffen. Zentral **für den Wirtschaftsstandort** Baden-Württemberg wird sein, auch künftig ausreichend und zu wettbewerbsfähigen Preisen Energie zu haben, um auch künftig in hohem Maße Industriegüter weltweit exportieren zu können.

Dabei gilt es, **ohne Scheuklappen** und ehrlich zu analysieren, woher die Energie stammt und welche Quellen künftig zu nutzen sind, um resilienter und wettbewerbsfähiger zu werden sowie fossile Energieträger schrittweise zu ersetzen. Die Energiequellen Wind und Sonne stellen dabei nach wie vor nicht einmal 10 Prozent des Primärenergieverbrauchs, während Gas und Mineralöl mehr als die Hälfte ausmachen. Gas wird künftig insbesondere auch für die Fortsetzung der Energiewende gebraucht werden, Autarkie kann mit Wind und Sonne nicht erreicht werden, egal wie vehement Grüne dies auch behaupten mögen. Deshalb fordern wir diesbezüglich **zwei Dinge, derer sich eine künftige Landesregierung annehmen soll und wollen diese in Regierungsverantwortung vorantreiben:**

1. **Gemeinsam mit Bayern die Rahmenbedingungen für Small Modular Reactors (SMR) schaffen – Kernkraft der neuesten Generation muss auch in Baden-Württemberg möglich sein**

Der Neubau konventioneller Kernkraftwerke wird von vielen unter Verweis auf lange Planungszeiten und hohe Kosten kritisch gesehen, die Wiederinbetriebnahme der fahrlässig auf Drängen der Grünen vom Netz genommenen noch bestehenden sechs Kernkraftwerke wie etwa Neckarwestheim II stellt sich als schwierig dar und liegt nicht in der Hand des Landes. Weltweit und auch innerhalb der EU gibt es aber erhebliche Bestrebungen, einen Teil der benötigten Energie über verschiedene Arten neuer atomarer Möglichkeiten zur Verfügung stellen zu können. Viele starke Volkswirtschaften wie die USA, Kanada, Großbritannien, Norwegen oder die Niederlande setzen auf SMR für ihre Energieversorgung der Zukunft. Viele Start-Ups entstehen auch in EU-Staaten ohne traditionelle Kernkraftwerke, etwa in Dänemark, Estland und Italien. Für Baden-Württemberg ist das nicht zuletzt deshalb von Interesse, **weil auch viele Anwendungen etwa im Bereich künstlicher Intelligenz enorme Mengen Energie brauchen und die Rechenzentren besser hier als andernorts**

entstehen sollten. Unser Nachbarbundesland Bayern ist ebenfalls auf erhebliche Energiemengen angewiesen und hat überdies in Gestalt der Regierungspartei CSU zu erkennen gegeben, ebenfalls auf Kernkraft setzen zu wollen. Den diesbezüglichen Beschluss der CSU-Landesgruppe vom Januar 2026 nehmen wir erfreut zur Kenntnis. Deshalb wollen wir in einer künftigen Landesregierung darauf setzen, gemeinsam mit Bayern daran zu arbeiten, in einem **süddeutschen Strategiedialog** insbesondere für kleine Kernreaktoren, sogenannte SMR den Boden zu bereiten. Hierfür fordern wir:

- 1.1. Die nächste Landesregierung sollte sich klar zur Atomkraft bekennen und den Bau von **Small Modular Reactors (SMR) als strategische Option zur Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit** Baden-Württembergs ab Mitte der 2030er Jahre verfolgen. USA und Kanada demonstrieren bereits, dass kommerzielle SMR-Anlagen in diesem Zeitraum realisierbar sind – ein Weg, den auch Baden-Württemberg gehen sollte.
- 1.2. Dafür alle Hebel identifizieren und betätigen, mit denen das Land dies **auf Bundes- und europäischer Ebene vorantreiben** kann.



- 1.3. Dafür explizit mit Bayern ein anderes Bundesland als Verbündeten suchen und der bayerischen Landesregierung anbieten, die **Voraussetzungen für SMR über den Bundesrat und das Einwirken auf die Bundesregierung gemeinsam zu erkämpfen**.
- 1.4. „**Südschienen-Standorte**“ zu identifizieren, an denen sich SMR besonders anbieten werden, insbesondere mit Blick auf potenzielle Rechenzentren und Großabnehmer in der Industrie.
- 1.5. Instrumente zu entwickeln, die **potenziellen Investoren** am Standort Baden-Württemberg die Investitionen in SMR ordnungspolitisch so **attraktiv machen**, dass diese Zukunftstechnologie nicht an uns vorbei geht; von staatlich gestützten Fonds wie in Kanada über Bürgerschaftsmodelle bis hin zur regulatorischen Beseitigung gesetzgeberischer Hürden sind wir bereit, ergebnisoffen zu diskutieren.
- 1.6. Den **Wissenschaftsstandort** Baden-Württemberg auch in Hinblick auf die Möglichkeiten der Kernenergie und Kernfusion **technologieoffen** zu gestalten. Denkbar wäre ein Förderprogramm nach niederländischem Vorbild (Das Ministerium für Klimapolitik und grünes Wachstum fördert Forschung und Entwicklung von SMR-Technologie in den Niederlanden in Höhe von 20 Millionen Euro).

2. LNG und Wasserstoff aus Argentinien

Die argentinische Regierung hat jüngst umfangreich Deregulierung, den Ausbau der Förderung von Kohlenwasserstoffen (Öl und Gas) sowie den Abbau von Handelshemmnissen betrieben und ist weiterhin im Begriff, das Land für Handel und wirtschaftlichen Austausch zu öffnen. Nicht zuletzt das MERCOSUR-Abkommen wird dies noch weiter befördern. Aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion bieten sich zwei zentrale Stellschrauben an, um daraus wechselseitige Vorteile für Argentinien und Baden-Württemberg zu generieren. Zum einen gilt es aus Resilienzgründen weitere Gaslieferquellen zu erschließen, um Abhängigkeiten zu den mehr als vierzigprozentigen Lieferanteilen Norwegens reduzieren zu können, zum anderen verfügt Argentinien etwa in Patagonien über erhebliche Flächen mit herausragender Windhöflichkeit und viel Sonne. Diese erscheinen attraktiv, um mittelfristig einen Teil

der baden-württembergischen Mineralölimporte durch **argentinische Wasserstoffderivate** (Ammoniak, E-Fuels etc.) zu ersetzen. Deshalb wollen wir uns in einer künftigen Landesregierung darauf verwenden:

- 2.1. Die **Erweiterung der bereits bestehenden argentinischen LNG-Lieferverträge** über die SEFE durch eine Landesinitiative zu befördern, um Abhängigkeiten zu diversifizieren und Bedarfe zu decken.
- 2.2. Dies als ersten Baustein nehmen, um
 - a) **Direktinvestitionen** politisch durch eine Importstrategie zu **flankieren**, die mittelfristig auf den Import von Wasserstoffderivaten abzielen soll, welche aus erneuerbaren Energien oder Gas (blauer Wasserstoff) unter Abscheidung des entstehenden CO₂ gewonnen werden. Damit können Wasserstoffimporte aus Argentinien perspektivisch eine wichtige Rolle bei der für Baden-Württemberg noch zu entwickelnden **Wasserstoffimportstrategie** spielen, bei der 80% des benötigten Wasserstoffs durch Importe und 20% durch eigene Erzeugung gedeckt werden können.
 - b) darüber die Handelsbeziehungen weiter ausbauen, die den Export baden-württembergischer Industriegüter nach Argentinien befeuern
- 2.3. Ordnungspolitische Maßnahmen diskutieren und vorbereiten, wie **Anreize für Direktinvestitionen in Wasserstoffinfrastruktur** politisch so begleitet werden können, dass diese in skalierbare Größenordnungen kommen, um Baden-Württemberg für die 30er- und 40er-Jahre in eine standortpolitisch gute Ausgangsposition zu bringen, Teile des Mineralölbedarfs durch CO₂-arm gewonnene Wasserstoffderivate zu ersetzen.

Die FDP-Landtagsfraktion ist der festen Überzeugung, dass es unabdingbar ist, Handelsbeziehungen weltweit zu verstetigen, auszubauen und zu diversifizieren. Erste Kontakte zur argentinischen Regierung hat die FDP-Fraktion am 5. Januar geknüpft, der Austausch war sehr fruchtbar und freundschaftlich. Darauf wollen wir aufbauen.



3. Kernfusion als Zukunftsoption

Die FDP-Landtagsfraktion sieht in der Kernfusion eine klimafreundliche Zukunftsoption zur Energieversorgung in Baden-Württemberg. In den vergangenen Jahren haben sich deutliche Fortschritte gezeigt, welche die Potenziale der nachhaltigen Stromerzeugung aufzeigen. Vielversprechende Technologiefaktoren wie beispielsweise Lasertechnologien kommen dabei aus Baden-Württemberg. Die Sicherheit dieser Reaktoren ist mit denen von Gaskraftwerken vergleichbar. Darum wollen wir die **Forschung an den Kernfusionstechnologien bis hin zum Bau von (Forschungs-)Reaktoren in Baden-Württemberg unterstützen**, damit nicht diese Energieoption in anderen Ländern entwickelt und später teuer zu uns zurückgeholt werden muss. Deshalb wollen wir in einer künftigen Landesregierung

- 3.1. eine eigene **Kernfusionsstrategie**, welche sowohl die Kernfusion als auch deren „Technologie-Spin-Offs“ als wichtige Innovationstreiber berücksichtigen;
- 3.2. ein eigenes gesetzliches Regelwerk, welches einen **gesetzlichen Rahmen** für die Kernfusionsforschung und -Anwendung regelt;
- 3.3. den Forschungsrahmen für die Kernfusionstechnologie in Baden-Württemberg verbessern, um so die Kernfusionsforschung im Land zu halten bzw. diese ins Land zu holen, indem wir beispielsweise die **Aufsicht** für dieses Forschungsgebiet aus dem Umweltministeriums **ins Wirtschaftsministerium verschieben**.

**Sie haben Fragen oder Anregungen?
Wir sind für Sie da.**

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Fraktionsvorsitzender

T: 0711 2063-9001

hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de

Daniel Karrais MdL

Sprecher für Klimaschutz

T: 0711 2063-9340

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de